



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

E-Government Strategie Schweiz

Arbeitsdokument - Aktionsplan 2012

Autor(en):	Geschäftsstelle E-Government Schweiz
Versionsdatum:	11.10.2011

Zweck des Dokumentes

Das folgende Dokument dient als Diskussionsgrundlage bei der Erarbeitung und Evaluation für den, gemäss der neuen Rahmenvereinbarung über die E-Government Zusammenarbeit in der Schweiz vorgesehenen, Aktionsplan.

Die Ergebnisse dieses Dokument basieren auf den durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz durchgeführten Vorbereitungsarbeiten von November 2010 bis Oktober 2011. Dabei wurden soweit möglich und zielführend alle in diesem Zusammenhang und dieser Zeitperiode eingegangenen Anträge, Anmerkungen und Diskussionen berücksichtigt. Das Dokument wurde in dieser Ausprägung am 24.10.2011 durch den Steuerungsausschuss genehmigt.

1 Ausgangslage

Im Hinblick auf die Erneuerung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz und mit dem Ziel einer zusätzlichen Beschleunigung bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz wurde als zusätzliches Umsetzungsinstrument ein Aktionsplan vorgeschlagen. Dieser Aktionsplan beinhaltet gezielte Umsetzungsmassnahmen zu 5-8 priorisierte Vorhaben aus dem Katalog. Es ist im Entwurf zur neuen Rahmenvereinbarung vorgesehen, dass diese Massnahmen durch finanzielle Beiträge unterstützt werden können.

Mit der Definition von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen für ausgewählte priorisierte Vorhaben, sowie entsprechenden Massnahmen, die zur Zielerreichung im 2012 getroffen werden müssen, soll der Aktionsplan 2012 zur Erreichung folgender Ziele wesentlich beitragen:

- sichtbare Schlüsselleistungen für Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung stehen zur Verfügung und
- grundlegende Voraussetzungen organisatorischer, rechtlicher und/oder technischer Art für die Bereitstellung von Schlüsselleistungen sind geschaffen

Auswahlverfahren

Für die Erarbeitung des Aktionsplans hat die Geschäftsstelle E-Government Schweiz in einem ersten Schritt eine Analyse und Priorisierung der Vorhaben vorgenommen, gemäss den folgenden Kriterien:

- Strategierelevanz
- Breitenwirkung
- Kosten/Nutzen Verhältnis
- Realisierbarkeit
- Innovationspotential
- Dringlichkeit

Gemäss Bewertung wurde aufgrund dieser Kriterien eine Erstauswahl von ~ 20 Vorhaben getroffen. Mit den entsprechenden federführenden Organisationen wurden in einem nächsten Schritt Ziele und Massnahmen bis Ende 2012, bzw. 2015 definiert und entsprechende Realisierungsschritte festgelegt. Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Expertenrates hat die Geschäftsstelle anschliessend eine Evaluation der Ergebnisse vorgenommen. Anstoss für die Kategorisierung der Vorhaben ist das Kriterium Strategierelevanz, das als Hauptkriterium für die Aufnahme von Vorhaben in den Aktionsplan dienen soll. Die E-Government Landkarte soll als Gesamtübersicht ein systematisches Vorgehen zur Identifizierung von Vorhaben mit hoher Strategierelevanz ermöglichen. Weiter sind als strategierelevant Vorhaben zu definieren, welche die Bereitstellung von Schlüsselementen zur Umsetzung der E-Government Strategie beinhalten. Der Aktionsplan soll weiter im Sinne der Visibilität von E-Government auch Quick Wins beinhalten. Als Resultat ergibt sich folgende Zusammensetzung des Aktionsplans.

A. E-Government Landkarte
B1.06 E-Government Architektur
B. Strategische Leistungen und Basisinfrastruktur
A1.06 Baubewilligung beantragen A1.12 Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug B2.04 Einheitliches Inventar und Referenzdatenbank öffentlicher Leistungen B2.06 Dienste für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung B2.08 Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung
C. Quick Wins
A2.02 Abwicklung der Erklärung von Gewinn und Kapitalsteuer / Steuererklärung Privatpersonen A2.06 Suchen und Melden von Fundgegenständen

Als Entscheidungsgrundlage sind die entsprechenden Ziele und Massnahmen für diese Vorhaben im Anhang aufgeführt.

2 Ziele und Massnahmen 2012, bzw. bis 2015

B1.06 - E-Government Architektur Schweiz - Landkarte

Die E-Government-Architektur Schweiz ist die Raumplanung für das E-Government in der Schweiz. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass bei Bund, Kantonen und Gemeinden autonom Puzzlesteine erstellt werden können, welche zusammen ein funktionierendes, für die Kunden einfach zugängliches und effizient nutzbares E-Government-Angebot ergeben und innerhalb der Verwaltung ohne Medienbrüche verarbeitet werden können. Die Architektur trägt dazu bei, dass Lösungen mehrfach genutzt und Konstruktionsfehler vermieden werden.

Federführende Organisation:

Informatikstrategieorgan Bund ISB

Hauptziele:

- Erarbeitung einer E-Government Landkarte auf der Basis der Arbeiten im Vorhaben B1.06 (2012)
- Aufzeigen von zusammenhängenden Vorhaben und Identifikation von bestehenden Lücken als Entscheidungsgrundlage (2012)
- Umsetzer und Entscheidungsträger beim Bund, Kantone und Gemeinden geben sich die Landkarte als Orientierungsrahmen (2015)

Massnahmen:

- Zuordnung der priorisierten Vorhaben des Katalogs zur „Aufgabenlandkarte“
- Aufdeckung von bestehenden Lücken und Festlegung von Prioritäten
- Bildung von Clustern als Entscheidungsgrundlage
- Pflege und Weiterentwicklung

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- Solide Grundlagenarbeit - Dauerhafte Einordnung durch systematische Sichtweise - Umsetzung kann schnell angegangen werden - Vielfach verwendbare Ergebnisse, Bsp. im Standardisierungsbereich	- Bewusstsein über die Relevanz noch tief - Überzeugungsarbeit notwendig und schwierig - Kein Hebel zur Orientierung am übergeordneten Referenzrahmen
Chancen	Risiken
- Hohes Synergiepotential durch wiederverwendbare Elemente - stärkt Gedanke der „vernetzten Verwaltung“ - Förderung von KMU durch Orientierungshilfe, und damit vom Wirtschaftsstandort Schweiz	- Schaffung von gesetzlichen Grundlagen ist schwierig und kann die Umsetzung gefährden - Föderalismus als Hindernis für effektive Anreize zur Anlehnung an die Referenzarchitektur

Beurteilung

Für die Weiterführung des E-Government Programms ist eine systematische Sichtweise wie die E-Government Landkarte eine grundlegende Voraussetzung. Dieses Instrument soll insbesondere zur Festlegung von zukünftigen Prioritäten im E-Government dienen und Zusammenhänge sichtbar machen. Mit dem Ziel, die Landkarte als Orientierungsrahmen für Entscheidungsträger und Umsetzer von E-Government zu etablieren, kann die Kohärenz zwischen den Projekten gewährleistet werden. Um diese Abstimmung im Gesamtkontext sicherzustellen und die hohen Synergiepotentiale daraus zu nutzen, sind die aufgeführten Massnahmen notwendig.

A1.06 - Baubewilligung beantragen

Zielzustand

Der Gesuchsteller kann das Baugesuch sowie die nötigen Unterlagen bei der zuständigen Stelle elektronisch einreichen. Er erhält nach Ablauf des Verfahrens auch die Bewilligung auf elektronischem Weg. Der Bewilligungsprozess ist für den Gesuchsteller nachvollziehbar (tracking) und der Aufwand gegenüber dem ursprünglichen Bewilligungsverfahren

ist massiv verringert. Die behördeninternen Prozesse sind optimiert und wo sinnvoll automatisiert, was zu grossen Effizienz- und Qualitätssteigerung führt. Einer durchgängig elektronischen Abwicklung stehen noch grosse Hindernisse entgegen (z.B. Notwendigkeit von Plandokumenten auf Papier). Doch bereits durch Teil-Automatisierung und Prozess-Optimierung besteht auf Seiten der Kunden sowie der Behörden ein hohes Rationalisierungspotential.

Federführende Organisation:

Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz BPUK

Hauptziele

- Sicherstellung der Finanzierung bis Anfang 2012
- Minimierung der Anzahl Plattformen auf 3-5 bis Ende 2012
- Sicherstellung Verfügbarkeit des Angebots in 60% der Kantone bis Ende 2014

Massnahmen

- Abschluss einer Sondervereinbarung zur Realisierung des Förderprogramms
- Erarbeitung der Programmdefinition für die Förderung von kantonalen Projekten
- Evaluation der Projekte und Zusage der Mittel
- Umsetzung des Förderprozesses

SWOT – Analyse

Stärken	Schwächen
- Unterstützung und Akzeptanz durch Kantone für das Konzept vorhanden - Konzeptionell bereits sehr ausgereift - Modell im Sinne des föderalistischen Verständnisses - andere Vorhaben profitieren hiervon	- ffO hat kaum Ressourcen und Know-How - Hohe Komplexität und Heterogenität zwischen den Kantonen - Projektorganisation noch nicht definiert
Chancen	Risiken
- Hohes Effizienzsteigerungs-Potential durch Prozessoptimierung - Modell baut auf den bestehenden, bisher etablierten Systemen - Modell setzt auf ausbaufähigen Systemen - Modell ermöglicht eine beschleunigte, aber organische Weiterentwicklung - Hohe Breitenwirkung - Förderung der SuisseID	- Finanzierung des Förderprogramms muss durch Bund gutgeheissen werden - Einführung eines Fördersystems bedingt klare Strukturen - Ungenügende Organisations-Entwicklung (Prozesse und Strukturen) in den einzelnen Kantonen kann die Umsetzung der Fördersysteme gefährden - Harmonisierung von Gesetzen, Vorschriften kann die Umsetzung verzögern

Beurteilung

Dieses Vorhaben deckt alle Zielgruppen der E-Government Strategie ab, weshalb es auch entsprechend hohe Breitenwirkung geniesst. Dies bestätigen Umfragen, wo dieses Vorhaben zu den meistgewünschten Leistungen aus dem Katalog zählt. Das Potential des Vorhabens liegt in der Effizienzsteigerung insbesondere durch Prozessoptimierung. Ausserdem werden durch das vorgeschlagene Modell Anreize geschaffen, andere Basiselemente der E-Government Strategie im Sinne der Interoperabilität zu fördern (Bsp. SuisseID).

Das vorgeschlagene Finanzierungsmodell stützt sich auf eine fundierte Analyse und erfreut sich auch breiter Abstützung durch die Kantone. Hoch zu gewichten ist der föderale Ansatz: Verantwortung (Finanzierung und Betrieb) bleibt bei den Kantonen. Die Sicherstellung der Anreiz-Finanzierung durch ein Förderprogramm ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Vorankommen des Vorhabens. Hierzu ist zur Zeit eine gewisse Dynamik und auch Bereitschaft durch die Kantone gegeben, welche ausgenutzt werden soll. Die Finanzierung eines Anteils am Förderprogramm im Rahmen des Aktionsplans dient diesem nachhaltigen Modell zur Steuerung in Richtung einer nationalen Plattform.

A1.12 - Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug

Zielzustand

Einwohner der Schweiz können den Behörden einen Umzug (Adressänderung innerhalb der Gemeinde, Zuzug, Wegzug) über das Internet bekannt geben. Ein Besuch bei der Wegzugs- und Zuzugsgemeinde ist nicht mehr nötig. Die Behörden sorgen dafür, dass alle zu informierenden Verwaltungsstellen die Adressänderung, resp. Wegzugs- / Zuzugsmeldung erhalten (z.B. Steueramt, Militär, Strassenverkehrsamt, Fremdenpolizei etc.) und entlasten so die Einwohner von der Pflicht, selbst zu garantieren, dass alle nötigen Stellen informiert sind. Auf Wunsch wird die Adressänderung auch privaten Unternehmen gemeldet (z.B. Elektrizitäts- und Wasserwerke, Telecom-Anbieter). Damit wird ein in Bevölkerungs-Umfragen am häufigsten gewünschte elektronische Behördendienstleistung realisiert.

Federführende Organisation:

Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED

Hauptziele:

- Funktionierende Projektorganisation mit installierter Begleitgruppe aufgesetzt und mehrjährige Finanzierung geregelt. Vorbereitungen für Trägerschaft angelaufen (2012)
- Betriebliche Grundsatzentscheide inkl. Standardisierung geregelt (eCH / sedex) (2012)
- Heimatschein abgeschafft, Anfragen in Infostar realisiert, CEMIS ist bereit für eGov (2014)
- Gesetzgebung in den Kantonen angepasst (2014)
- Funktionierende Betriebs- und Supportorganisation
- Meldewesen in 90% aller Fälle elektronisch möglich; EWDs und Bevölkerung für elektronisches Meldewesen sensibilisiert.

Massnahmen:

- (Wieder-) Aufbau der Projektorganisation
- Prüfung des bestehenden Konzepts auf Machbarkeit
- Abfragemöglichkeit Infostar (Berücksichtigung ZEMIS und eMISTAR)
- Authentifizierung klären: Entscheid für Lösung und Integration
- Infrastruktur verbindlich festlegen
- Einbezug Abfrage bezüglich KK-Obligatorium und Abklärung weiterer „Einbezugsmöglichkeiten“

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- Sehr gut vernetztes ffO - Konzeptionell schon sehr ausgereift - Umsetzung kann rasch angegangen werden. - Projekt mit einer sehr hohen Aussenwirkung. - Basis für weitere Vorhaben	- ffO hat kaum Ressourcen-Unterstützung durch die Mitglieder - Finanzierung ist schwierig - Schwache Unterstützung durch Bund und Kantone - Projektleitung noch nicht definiert - Projektorganisation ist noch nicht gefestigt
Chancen	Risiken
- Mit einem verhältnismässig geringen Aufwand kann eine schweizweite Verbreitung erreicht werden. - Einbindung von bereits vorhandenen Elementen (Infostar) - Kann eGov in der Bevölkerung „sichtbar“ machen - Funktionalität wird von der Bevölkerung in Umfragen stark nachgefragt	- Sehr grosser Benutzerkreis erschwert eine einheitliche Lösung - Lösung Heimatscheint ist noch nicht bei allen Gemeinden akzeptiert. - Finanzierungslücken sind auch in Zukunft absehbar. - Offene Punkte betreffend Datenschutz - Authentifizierung ist notwendig. Suisse-ID ist noch zu wenig stark verbreitet. Alternativen?

Beurteilung

Das Vorhaben A1.12 stellt gemäss Umfragen eine von den meistgewünschten Dienstleistungen dar. Während das Konzept bereits sehr ausgereift ist und die geplanten Ziele/ Massnahmen konkret und messbar sind, ist für die Weiterführung dieses Vorhabens externe finanzielle Unterstützung unabdingbar. Ansonsten kann das Vorhaben mit dem bestehenden ffO nicht weitergeführt werden. Die Bereitstellung dieser Leistung setzt Bereitstellung von grundlegender Infrastruktur für die Umsetzung der E-Government Strategie voraus, was eine hohe strategische Relevanz des Vorhabens ausmacht. Zudem geniesst das Vorhaben hohe Breitenwirkung und Visibilität, mit voraussichtlich schnell realisierbaren konkreten Erfolgen. Somit erfüllt dieses Vorhaben die Voraussetzungen zur Aufnahme in den Aktionsplan bestens.

B2.04 - Referenz eGov

Zielzustand:

Das Projekt B2.04 wurde abgeschlossen. Es handelt sich um ein Nachfolgeprojekt

Federführende Organisation:

Das Projekt Ref E-Gov ist im SECO Ressort KMU Politik im Team E-Government eingegliedert. Das Projekt läuft nach dem Projektleitfaden des EVD. Die Hauptverantwortung trägt das Ressort.

Hauptziele:

Referenz E-Gov beinhaltet:

- eine Datenbank mit Beschreibungen der öffentlichen Leistungen
- Formulardienste für alle Amtsstellen
- ein Verzeichnis der Schweizer Behörden
- ein IAM-Zugriffsdienst für die Datenverwaltung usw. (Siehe Dokument "Suite Reference eGov CH 2012 - 2015")

Massnahmen

- Aufbau von regionalen Zentren als treibende Kraft für die Verbreitung des E-Governments
- Konsolidierung der heutigen Plattform Reference eGov zu einer offiziellen und anerkannten „Suite Reference eGov CH“ sowie Ausweitung auf neue Dienstleistungen
- Harmonisierung eGov 2012-2015
- Entwicklung von regionalen Spezialisierungen, die allen zur Verfügung stehen
- Schlungsprogramm eGov

SWOT Analyse

Stärken	Schwächen
- Die Elemente des Projekts sind grundlegende Voraussetzung für viele andere Leistungen - „Kunden“-Nähe durch den Aufbau von regionale Zentren - Wichtige Voraussetzungen für eine übergreifende Betriebsorganisation werden geschaffen - Vertrauen an die Dienstleistungen des Bundes	- Starke Heterogenität im Realisierungsstand - Wenig Kohärenz zwischen Ämtern, Gemeinden, Kantonen - Keine standardisierte Struktur für Leistungsbeschreibungen - Klare Strukturen und Abläufe notwendig
Chancen	Risiken
- Motivation bei den Kantonen und Gemeinden gross - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz auf nationaler und internationaler Ebene - Stärkung internationale Zusammenarbeit und Interoperabilität	- Weiche Faktoren können die Verbreitung erschweren - Gesetzliche Anpassungen können Umsetzung verzögern - Heterogene, breite Anspruchsgruppen - Datensicherheit und –vertraulichkeit

Beurteilung

Dieses Nachfolgeprojekt ist unabdingbares Element für die nachhaltige Weiterführung des E-Government Programms. Das Projekt entfaltet sehr grosse Breitenwirkung und schafft grundlegende Voraussetzungen für die Bereitstellung von Schlüsselleistungen. Das Ausbleiben einer Finanzierung im Rahmen des Aktionsplans würde die Umsetzung gefährden und dem gesamten E-Government Programm schaden, mit der Konsequenz, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz national und international aufs Spiel zu setzen.

B2.06 – Dienste für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung

Zielzustand:

Identifikationsdienste versehen die am elektronischen Behördenverkehr beteiligten Partner (wo nötig auch Maschinen) mit unverwechselbaren elektronisch übermittelbaren Identifikatoren. Mit Hilfe dieser Identifikatoren können die Partner zuverlässig erkennen, mit wem sie kommunizieren. Autorisierungsdienste definieren, welche Rechte die so identifizierten Partner haben und stellen sicher, dass ein Teilnehmer am elektronischen Behördenverkehr nur Daten einsehen und Leistungen beziehen kann, wenn er dazu berechtigt ist.

Federführende Organisation:

Fachgruppe eCH Identity and Accessmanagement

Hauptziele:

Dienste für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung (IAM) soll folgende Hauptziele abdecken:

- Realisation eines schweizweiten Meta-IAM-Service als CC für E-Economy CH
- eCH-IAM-Standardisierung weiter konkretisieren und in eCH einbringen

Massnahmen

- PoC mit Projekt "SuisseTrustIAM" der Swisscom
- Rechtliche und institutionelle Fragen klären
- Bekanntmachen und Knowhow-Rollout der Lösung via SIK
- Definitive Organisation und prod. Betrieb festlegen
- eCH-Standardisierung

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- Die Elemente des Projekts sind grundlegende Voraussetzung für viele andere Leistungen - Stellt sicheren Zugang nach Governance, Risk und Compliance Richtlinien sicher - PoC ermöglicht eine notwendige Überprüfung der Konzepte und steigert Akzeptanz für die nächsten Schritte - Standard ermöglicht eine rasche Multiplikation der Einsatzgebiete	- Sehr komplexe Thematik. Nutzen ist auf den ersten Blick für den Laien nicht nachvollziehbar. - Wenig Kohärenz zwischen Ämtern, Gemeinden, Kantonen - Es sind weiterhin rechtliche und institutionelle Fragen offen - Betriebliche Abläufe sind noch nicht abschliessend definiert
Chancen	Risiken
- Motivation bei allen Beteiligten gross - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz auf nationaler und internationaler Ebene - Kann auch für die eHealth Strategie positive Auswirkungen haben - IAM kann als Beschleuniger für weitere Vorhaben dienen	- Weiche Faktoren können die Verbreitung erschweren. Insbesondere eine transparente und nachvollziehbare Kommunikation ist nun wichtig - Gesetzliche Anpassungen können Umsetzung verzögern - Heterogene, breite Anspruchsgruppen - Aufbau kann hohe Kosten auslösen

Beurteilung

Das Vorhaben IAM deckt eine wesentliche Herausforderung in komplexen IT-Systemen ab. Die Identifizierung und der dementsprechende Zugang mit den korrekten Berechtigungen sind bis anhin dezentral bei den jeweiligen Fachapplikationen und Services abzudecken. Der zentrale Ansatz welcher im Vorhaben B2.06 im Vordergrund steht, ermöglicht es den anderen Vorhaben mit Identifikations- und Berechtigungselementen auf einem einheitlichen Standard resp. zentralen Service abzustützen und somit eine starke Beschleunigung und Effizienzgewinn beim Aufbau und Betrieb der Systeme zu erreichen.

Ein nachvollziehbares, einfach einsetzbares und sicheres IAM bildet die Basis für ein erfolgreiches E-Government in der Schweiz. Durch den flexiblen und modularen Einsatz können die Resultate aus dem Vorhaben B2.06 auf allen föderalen Stufen eingesetzt werden und ist daher ein wichtiges Element der E-Government Strategie Schweiz.

Es handelt sich dabei um eine sehr komplexe Angelegenheit, welche durch ausgewiesene Spezialisten aus der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sehr engagiert vorangetrieben werden. Diese Anstrengungen sollen nun mittels der vorliegenden Massnahmen des Aktionsplans unterstützt werden.

B2.08 Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung

Zielzustand:

Für die elektronische Abwicklung von kostenpflichtigen öffentlichen Leistungen ist ein elektronisches Rechnungsstellungs- und Zahlungsabwicklungsverfahren nötig. Den Schweizer Behörden stehen standardisierte modulare Dienste für die elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung zur Verfügung, welche zu tiefen Kosten in verschiedene Online-Prozesse eingebunden werden können. Es existiert ein Überblick über die für verschiedene Anforderungsfälle geeigneten und standardisierten Lösungen sowie Hilfsmittel, welche die Verwaltungseinheiten in der Auswahl und dem Einsatz der Lösungen unterstützen. Dies steigert die Effizienz sowohl in der Entwicklung als auch dem Betrieb von kostenpflichtigen öffentlichen Leistungen.

Federführende Organisation:

Eidgenössische Finanzverwaltung

Hauptziele:

- Erfolgreiche, effiziente Durchführung der Referenzprojekte mit Signalwirkung für weitere Umsetzungsprojekte bis Ende 2013)
- Der Anteil E-Rechnungen an den Rechnungen im Geschäftsverkehr der öffentlichen Verwaltung nimmt zu (bis Ende 2013)
- Sämtliche OE der öffentlichen Verwaltung sind zur E Rechnung befähigt.
- Der Anteil E-Rechnungen im Geschäftsverkehr der öffentlichen Verwaltung ist dominant.

Massnahmen

- Auswahl und Durchführung von offiziellen Referenzprojekten in den Kantonen und Gemeinden
- Förderung der E-Rechnung bei den Lieferanten und Endkunden
- Umsetzungsprojekte des Vorhabens E-Rechnung durchführen und im Projektportfolio aufnehmen
- Weitere Förderung der E-Rechnung bei den Lieferanten und Endkunden

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- Das Vorhaben hat mit der EFV eine starke ffO mit grosser Ausstrahlungskraft - Standards (Privatwirtschaft) sind bereits vorhanden und können für das Vorhaben verwendet werden. eCH-Standard vorhanden. - Innerhalb der Bundesverwaltung ist die Umsetzung der E-Rechnung bereits weit fortgeschritten (Referenzprojekte Bund)	- Heterogene Kantons- und Gemeindeverwaltungen mit eigenen verschiedenen Umsetzungsideen - Starke Abhängigkeit zu den spezifischen verwaltungsinternen IT-Systemen (ERP) - Akzeptanz der E-Rechnung innerhalb der Verwaltung (insbesondere auf Kantons- und Gemeindeebene)
Chancen	Risiken
- Akzeptanz für E-Rechnungen steigt bei Wirtschaft und Bevölkerung - Starke Beschleunigung der Zahlungsprozesse durch Vermeidung von Medienbrüchen - Rasche Multiplikation von Anwendern durch Referenzprojekte in den Kantonen und Gemeinden - Stärkung der Marktmacht der öffentlichen Verwaltung gegenüber den Service Providern	- Interoperabilität der Serviceprovider muss sichergestellt werden. Ansonsten droht eine Verzettlung der Systeme. - Marktdurchdringung bei Bevölkerung geringer als erwartet. Dies könnte die Verbreitung der E-Rechnung in der öffentlichen Verwaltung stark bremsen. - Datenschutzbedenken

Beurteilung

Durch den Einsatz von E-Rechnungen in der öffentlichen Verwaltung (auf allen föderalen Ebenen) kann eine Vereinfachung der administrativen Prozesse und dadurch ein grosser Effizienzgewinn erreicht werden. Es sind bereits international anerkannte Standards (Privatwirtschaft) definiert worden. Diese wurden auch durch einen eCH-Standard für die öffentliche Verwaltung portiert.

Durch die Umsetzung von Referenzprojekten auch auf Kantons- und Gemeindeebene kann die Durchdringung der E-Rechnung in der gesamten öffentlichen Verwaltung stark gefördert werden. Diese Durchdringung soll auch durch Kommunikationsmassnahmen verstärkt werden. Zudem sollen Anreize für Lösungsanbieter und die einzelnen Verwaltungseinheiten geschaffen werden.

All diese Massnahmen fördern die Zielerreichung direkt und sind aufgrund der ersten Erfahrungen erfolgsversprechend. Durch die Förderung durch den vorliegenden Aktionsplan kann die Durchdringung noch stark gefördert werden, somit die kritische Grösse für eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens erreicht werden kann.

A2.02 - Abwicklung der Erklärung von Gewinn und Kapitalsteuer / Steuererklärung Privatpersonen

Zielzustand:

Die Steuerpflichtigen werden beim Ausfüllen der Steuerdeklarationen aktiv durch elektronische Formulare, Assistenten und Steuerkalkulatoren unterstützt. Die Steuerbehörden erzielen eine höhere Qualität der Deklarationen und dadurch eine Produktivitätssteigerung durch die Verkürzung der Durchlaufzeiten. Dieses Vorgehen ermöglicht den Steuerpflichtigen, ihre eigenen Daten strukturiert aufzubewahren und jährlich wieder abzurufen. Die hohe Datenqualität ermöglicht den Steuerbehörden ein effizientes Bearbeiten mittels automatisierter Veranlagungsunterstützung.

Federführende Organisation:

Schweizerische Steuerkonferenz SSK

Hauptziele

- Technische Realisierung von integralen kantonalen Registern klären
- Finanzierung für Begleitung/Fachberatung der kantonalen Steuerämter klären
- Realisierungspartner festlegen (vertragliche Vereinbarung).

Massnahmen

- Koordination und Beratung durch Know-How Austausch anhand bereits realisierter Beispiele
- Realisierungsunterstützung durch SSK: Begleitung und Fachberatung der kantonalen Steuerämter

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- bereits wesentliche Erfolge erzielt, dadurch hohe Bekanntheit und Akzeptanz der Lösungen - Hohe Bereitschaft der Kantone - Mehrere erfolgreich realisierte Beispiele erleichtern den Austausch	- sehr unterschiedlicher Realisierungsstand in den Kantonen - sehr unterschiedliche Systeme, was Know-How Transfer erschwert - Know-How bei ffO nicht für alle Systeme gleich vorhanden
Chancen	Risiken
- Fachapplikation stark nachgefragt - Wirtschaftsförderung durch Wegfall von administrativem Aufwand für Unternehmen - Synergiepotentiale durch Mehrfachanwendung - Steigerung Standortattraktivität	- Föderalismus als Hindernis für Mehrfachanwendung - Finanzierung ist schwierig - Anbindung der Gemeinden ist schwierig

Beurteilung

Die Abwicklung der Steuererklärung ist für den Bürger aber insbesondere für die öffentliche Verwaltung ein aufwendiger Prozess, welcher regelmässig (meist jährlich) wieder anfällt. Durch den regelmässigen und breiten Einsatz des Prozesses ist dieser prädestiniert für die IT-gestützte und automatische Abwicklung. Es ist ein sehr hohes Potential betreffend Effizienzgewinn aber auch Steigerung der Datenqualität gegeben. Um dieses Potential vollständig zu realisieren, ist es notwendig die verschiedenen Anstrengungen insbesondere in den Kantonen zu koordinieren und somit die Synergien auszunutzen. Die im Aktionsplan vorgesehenen Massnahmen ermöglichen dies und fördern dadurch die effiziente Einführung von erprobten Lösungen, welche die Abwicklung des Steuerprozesses für den Bürger aber insbesondere auch für die öffentliche Verwaltung stark verbessern und beschleunigen.

A2.06 - Suchen und Melden von Fundgegenständen

Zielzustand

Die Meldung von oder die Suche nach Fundgegenständen kann bei der dafür vorgesehenen Stelle (meist kommunales Fundbüro) elektronisch abgewickelt werden. Auch die entsprechende Rückmeldung des Fundbüros erfolgt elektronisch.

Federführende Organisation:

Arbeitsgruppe Städte- und Gemeindeinformatik der Schweizerischen Informatikkonferenz

Hauptziele

- Der «Fundservice Schweiz» ist auf ch.ch verlinkt.
- Die Schnittstelle «Fundservice Schweiz» ist ein e-CH-Standard.
- Die SIK hat einen Rahmenvertrag für «Fundservice Schweiz».
- Es existiert eine Erfa-Guppe «Fundservice Schweiz» welche die Anliegen der Anwender gegenüber dem Anbieter vertritt.

Massnahmen

- ch.ch verlinkt den „Fundservice Schweiz“
- eCH genehmigt Standard «Fundservice Schweiz»
- SIK Rahmenvertrag «Fundservice Schweiz» ist abgeschlossen
- Erfa-Gruppe «Fundservice Schweiz» ist gegründet

SWOT-Analyse

Stärken	Schwächen
- technische Lösung ist vorhanden - Service mit hoher Aussenwirkung - Umsetzung kann rasch angegangen werden - Mit relativ wenig Aufwand kann die Lösung schweizweit verbreitet werden	- Umsetzung abhängig von „weichen Faktoren“ - Viel Überzeugungsarbeit notwendig - Projektgremien noch nicht definiert - sehr beschränkte finanzielle Mittel
Chancen	Risiken
- schnelle Erfolge möglich - Synergiepotentiale durch Einbindung in ch.ch - Hoher Nutzen für Bürger - kann hohe Visibilität für E-Government erzeugen	- Fehlender Wille und Bereitschaft der Beteiligten kann die Umsetzung gefährden - finanzielle Lücken auch weiterhin möglich

Beurteilung

Das Suchen und Melden von Fundgegenständen mag auf den ersten Blick ein einfaches Vorhaben sein. Es deckt aber eines der wichtigsten Anforderungen (gemäss Umfragen) der Bürger an das E-Government ab. Durch den Einsatz von Standards und den zentralen Zugang zu einem verbunden Fundservice wird ein Service erbracht, welcher täglich tausendfach nachgefragt wird und somit eine sehr hohe Durchdringung und Variabilität aufweist. Die Koordination der bereits vorhanden Fundservices und der Einsatz von Standards erleichtern aber auch die Arbeit und Abläufe der öffentlichen Verwaltung, da durch einen koordinierten Einsatz der bereits bestehenden Lösungen ein hoher Effizienzgewinn durch die Realisierung der Synergien möglich wird.

3 Umsetzung des Aktionsplans

Monitoring und Controlling

Damit der Aktionsplan zur gewünschten Beschleunigung bei der Umsetzung der E-Government Strategie beitragen kann, sind die Vorhaben im Aktionsplan stärker über die Gremien von E-Government Schweiz zu steuern. Insbesondere der Geschäftsstelle E-Government Schweiz kommen mit der Bewirtschaftung des Aktionsplans neue Aufgaben zu. Um die inhaltliche Abstimmung der Vorhaben im Gesamtkontext sicherzustellen, ist eine kontinuierliche Begleitung der Projekte zweckmässig. Zudem soll für eine erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans ein entsprechendes Monitoring und Controlling aufgebaut werden, welches folgende Punkte beinhaltet:

- Finanzcontrolling über die zugesprochenen Mittel: welche Mittel wurden bereits ausgegeben, welche stehen noch zur Verfügung
- Regelmässiges Monitoring und Controlling der einzelnen Vorhaben in Bezug auf:
 - Effektivität der Mittel: welche Wirkung haben die ausgegebenen Mittel, werden die vereinbarten Ziele erfüllt?
 - Umsetzungsstand: Bewertung des Umsetzungsstands, der Projektkosten und -risiken und der entsprechenden Massnahmen

Die Geschäftsstelle wird aufgrund dieser Informationen im vierteljährlichen Rhythmus an den Steuerungsausschuss rapportieren. Am Ende des Jahres wird eine umfassende Evaluation der Ziele und Massnahmen im Aktionsplan durchgeführt.

Kommunikation

Mit dem Katalog priorisierter Vorhaben als Basis, ist die Anspruchsgruppe des Aktionsplans auf die federführenden Organisationen der priorisierten Vorhaben eingegrenzt. Involvierte Fachstellen des Bundes- und die Kantone werden einerseits durch die federführenden Organisationen erreicht, andererseits direkt über die vorhandenen Gremien, wie die kantonale Fachgruppe E-Government der Staatsschreiberkonferenz, der Verein eCH oder die SIK. Folgende Grundsätze werden verfolgt:

- Eine möglichst transparente und neutrale Kommunikation, vor allem über die Aufnahmekriterien, den Einsatz der Mittel und die erzielten Resultate
- Die Kommunikation erfolgt zentral durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz

4 Weiteres Vorgehen

Die Geschäftsstelle wird dieses Dokument mit den Kantonen und den federführenden Organisationen absprechen. Die aufgeführten Massnahmen sind weiter zu spezifizieren und ein entsprechender Budgetplan ist zu erstellen. Weiter ist die operative Abwicklung des Aktionsplans festzulegen. Dabei ist insbesondere die Ausschüttung der Fördergelder, die Begleitung der Vorhaben sowie die Erfolgsmessung der Massnahmen zu definieren.